

Tagungsbericht

# Wettbewerb und Industriepolitik – Mehr Gegensatz oder mehr Ergänzung?

Eine Tagung der Stiftung Marktwirtschaft  
am 2. Juli 2019 in Berlin



# Inhaltsverzeichnis

## 3 Begrüßung

**Prof. Dr. Michael Eilfort**  
*Vorstand Stiftung Marktwirtschaft*

## 4 Schaffen Markt und Wettbewerb den Strukturwandel nicht mehr von alleine?

**Peter Altmaier MdB**  
*Bundesminister  
für Wirtschaft und Energie*

## 6 Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland und Europa – Welche Rolle kann Industriepolitik spielen?

**Prof. Dr. Justus Haucap**  
*Direktor des Düsseldorfer Instituts für Wettbewerbs-  
ökonomie (DICE), Mitglied im Kronberger Kreis*

**Prof. Dr. Peter Bofinger**  
*Lehrstuhl für VWL, Geld und internationale  
Wirtschaftsbeziehungen, Universität Würzburg*

## 8 Schärfer oder lascher – Braucht es im Umgang mit oder zur Schaffung von „Champions“ eine Reform des Wettbewerbsrechts?

**Prof. Dr. Monika Schnitzer**  
*Ludwig-Maximilians-Universität München,  
Mitglied der Kommission Wettbewerbsrecht 4.0*

## 9 Podiumsdiskussion

**Daniela Kluckert MdB**  
*FDP-Bundestagsfraktion,  
Stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses  
für Verkehr und digitale Infrastruktur*

**Dr. Danyal Bayaz MdB**  
*Startup-Beauftragter  
der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen*

**Dr. Carsten Linnemann MdB**  
*Stellvertretender Vorsitzender  
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion*

## Moderation der Veranstaltung

**Dr. Dorothea Siems**

---

## Impressum

Stiftung Marktwirtschaft  
Charlottenstraße 60, 10117 Berlin  
Tel.: (030) 20 60 57-0  
www.stiftung-marktwirtschaft.de

Ansprechpartner/Text:  
**Fulko Lenz**  
lenz@stiftung-marktwirtschaft.de

Fotos: Jens Jeske





## Begrüßung

Prof. Dr. Michael Eilfort  
Vorstand Stiftung Marktwirtschaft

3

„Deutschland geht es seit einigen Jahren gut, deswegen neigen wir manchmal ein wenig zur Selbstgefälligkeit“, so Prof. Dr. Michael Eilfort bei der Begrüßung der Teilnehmer. Seit den Reformen des Jahres 2008 – Unternehmensteuer, Schuldenbremse und Rente mit 67 – seien in Deutschland keine nennenswerten, nach vorne gerichteten und auf zukünftiges Wachstum zielende Veränderungen mehr unternommen worden.

Währenddessen hätten globale Entwicklungen wie die internationalen Handelsstreitigkeiten, die Digitalisierung, der wirtschaftliche Aufstieg Chinas und die Auswirkungen des Klimawandels dazu geführt, dass der Fortbestand des deutschen Wohlstands alles andere als selbstverständlich sei. Dies gelte umso mehr vor dem Hintergrund der sich deutlich verschlechternden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen: Infolge der wenig zielführenden Energiewende seien die Energiekosten hierzulande exorbitant hoch, die Steuerlast für Unternehmen übersteige mittlerweile die im internationalen Vergleich üblichen Maße und die Kosten des Sozialstaats drohten zum Standortnachteil zu werden.

Eilfort konstatiert ein Missverhältnis von Be- und Entlastung der Wirtschaft, das er am Beispiel der steuerlichen Forschungsförderung verdeutlicht. Nach jetzigem Stand der Haushaltsplanung stünden jährlich 1,3 Milliarden Euro zusätzliche Fördermittel für Unternehmen zur Verfügung. Zeitgleich käme es aber durch die beiden Anhebungen der Pflegeversicherungssätze der letzten Jahre sowie die Wiederherstellung der paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung zu Mehrbelastungen der Wirtschaft in vielfacher Höhe dessen. „Wir müssen verdammt gut, verdammt innovativ und verdammt smart sein, um uns das alles weiter leisten zu können“, so der Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft.

Umso wichtiger sei es, mit der Debatte über Industriepolitik endlich wieder nach vorne zu denken und in die

Zukunft zu investieren. Eine Diskussion darüber, was der Staat anstoßen, begründen, fördern und aufbauen könne, sei mehr als notwendig und deshalb zu begrüßen.

Ohne auf die Einzelheiten der industriepolitischen Strategie von Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier einzugehen, lobt Eilfort, dass die Analyse und die entsprechenden Vorschläge bereits dazu geführt hätten, dass „nicht nur über das Adjektiv, sondern auch wieder mehr über das Hauptwort in der Sozialen Marktwirtschaft diskutiert wird“. Ebenso lenke die industriepolitische Debatte den Fokus wieder verstärkt darauf, dass Wohlstand vor seiner Verteilung eben auch erwirtschaftet werden müsse.

Die Bedeutung dessen zeige die Haushaltsdebatte für das Jahr 2020. „Wir haben ja noch nicht weniger Geld im Haushalt 2020. Wir haben nur weniger mehr, als wir zeitweise dachten.“ Dennoch führe bereits dieser „gefühlte Einbruch“ dazu, dass auf der Suche nach möglichen Einsparungen vor allem Investitionen im Bereich der Digitalisierung in Frage gestellt würden, während die zahlreichen, mehr oder weniger sinnvollen sozialpolitischen Maßnahmen stünden „wie eine Eins“.

Um die Rolle zu skizzieren, die Industriepolitik aus Sicht der Stiftung Marktwirtschaft grundsätzlich einnehmen sollte, zitiert Eilfort Robert F. Kennedy: „Fortschritt ist ein schönes Wort. Seine Triebkraft aber heißt Wandel. Und der Wandel hat seine Feinde.“ Dementsprechend dürfe Industriepolitik nicht Feind, sondern müsse Freund des Wandels sein. Es gelte, Strukturwandel nicht zu behindern oder zu verlangsamen, sondern neue Möglichkeiten, Freiräume und Voraussetzungen für Flexibilität, Veränderungen und Innovationen zu schaffen – insbesondere in einer alternden und zunehmend saturierten Gesellschaft. Aufgabe des Staates sei es daher, den Wandel durch die Verbesserung der Rahmenbedingungen und die Setzung von Anreizen zu Leistung und Eigenverantwortung zu ermöglichen.



## Schaffen Markt und Wettbewerb den Strukturwandel nicht mehr von alleine?

Peter Altmaier MdB  
Bundesminister  
für Wirtschaft und Energie

„Die Frage, ob Markt und Wettbewerb den Strukturwandel nicht mehr alleine schaffen, erscheint mir ein wenig zu defätistisch“, leitet Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier MdB seinen Vortrag ein. Schließlich sei der Markt allen anderen Organisationsformen überlegen und auf seine Kräfte zu vertrauen habe nicht nur in Deutschland, sondern rund um den gesamten Erdball zu enormen Wohlstandszuwächsen geführt. Die Stärke der Marktwirtschaft liege nicht nur in ihrer Fähigkeit, eine optimale Ressourcenallokation herbeizuführen, sondern vor allem auch darin, dass das unternehmerische Risiko auf viele Schultern verteilt werde. In einem Land hingegen, in dem nur einige wenige staatliche Großkonzerne dominierten, könne eine falsche unternehmerische Entscheidung fatale Auswirkungen für die gesamte Gesellschaft haben.

Es müsse aber auch bedacht werden, dass rein marktwirtschaftliche Ergebnisse nicht zu Verteilungsgerechtigkeit führen könnten. Zentrale Errungenschaften der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland – wie z.B. die Renten- und Krankenversicherung – seien auf staatliches Handeln zurückzuführen. Ebenso habe der Staat gemäß den Erkenntnissen der Freiburger Schule die Verantwortung, bestimmte Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Aktivität zu setzen, beispielsweise wenn es um die Erreichung der Klimaziele gehe.

Vor diesem Hintergrund erläutert Altmaier die Intention seines industriepolitischen Strategiepapiers: „In einer Situation, in der wir zehn Jahre Aufschwung erlebt haben, es so viele Arbeitsplätze wie noch nie gibt und es den Menschen in den allermeisten Fällen besser geht als je zuvor, habe ich die Frage gestellt, was geschehen muss, damit wir in dreißig Jahren unseren Kindern und Enkelkindern die gleichen Möglichkeiten zu individuellem und gesellschaftlichem Wohlstand bieten können.“ Es gehe darum, Wirtschaftspolitik wieder ins Zentrum der politischen Debatte zu rücken, denn von ihr hänge ab, ob das europäische Wohlstands-

Freiheits- und Gesellschaftsmodell aufrecht erhalten werden könne.

„Die Welt um uns herum verändert sich radikal“, warnt der Bundesminister für Wirtschaft und Energie. Zwischen den drei großen Wirtschaftsräumen – Asien, Nordamerika und Europa – werde tagtäglich neu ausgespielt, wer wettbewerbsfähiger sei. Deutsche Unternehmen befänden sich so in einem permanenten Wettbewerb, durch den sich entscheide, wie groß der Anteil der heimischen Wirtschaft an der globalen Wertschöpfung sei. Das Ergebnis dieses Wettbewerbs werde jedoch bedauerlicherweise nicht nur durch unternehmerisches Handeln bestimmt, da in den beiden anderen Wirtschaftsräumen die marktwirtschaftlichen Grundsätze nicht in gleichem Maße befolgt würden wie in Europa.

So ziele auf der einen Seite die Handelspolitik der USA darauf ab, ausländische Produktion durch Zölle zu verteuern und so Industrieansiedlung ins eigene Land zurückzuholen. „Ich halte das langfristig nicht für eine erfolgreiche Strategie“, so Altmaier, der sich stattdessen für eine Senkung von Zöllen ausspricht. Auf der anderen Seite betreibe der chinesische Staat mit der Strategie „Made in China 2025“ eine klare Industriepolitik, deren langfristiges Ziel die Weltmarktführerschaft in verschiedenen Technologiebereichen sei. Nicht zuletzt durch Fusionen seien in China in vielen Wirtschaftssektoren große Unternehmen entstanden, die auf den Weltmärkten erfolgreich sein könnten.

Diesen Entwicklungen gegenüber könne man sich in Europa nicht ausschließlich passiv verhalten. Vielmehr erfordere das gesamtgesellschaftliche Interesse daran, als Volkswirtschaft langfristig innovativ zu bleiben, auch staatliches Engagement. Politischer Handlungsbedarf bestehe zunächst bei der Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Insbesondere die Stromkosten seien in Deutschland zu hoch und könnten für Unternehmen einen entscheidenden Wettbewerbsnachteil bedeuten. Der Minister plädiert daher dafür, eventuelle Einnahmen aus einem

System zur Erreichung der CO<sub>2</sub>-Grenzwerte für die Senkung der Strompreise zu verwenden. Auch mit Blick auf die Sozialabgaben sei ein Maximum erreicht. Deshalb werde er keiner Maßnahme zustimmen, die dazu beitrage, die Sozialabgaben über 40 Prozent des Arbeitgeberbruttolohns anzuheben.

Weiterhin müsse es gelingen, ein Level Playing Field gegenüber anderen Wirtschaftsregionen durchzusetzen. Dies betreffe auch die monopolähnlichen Internetplattformen, die durch die Bevorteilung eigener Angebote mittelständische Unternehmen, die auf die jeweiligen Plattformen angewiesen seien, zum Teil vor existenzielle Probleme stellen könnten. Hierzu erarbeite die „Kommission Wettbewerbsrecht 4.0“ derzeit Vorschläge.

Zu entscheiden sei auch, wie mit Übernahmen deutscher Unternehmen durch ausländische Firmen umzugehen sei. Verfügten deutsche Firmen über einzigartige und fortschrittliche Spitzentechnologie, bestehe auf lange Sicht die Gefahr, dass wichtige Technologien ins Ausland abwanderten und Deutschland „zur verlängerten Werkbank“ werde. Zwar könne man das Außenwirtschaftsgesetz ändern und solche Übernahmen in bestimmten Fällen aus Überlegungen der technologischen Souveränität schlicht untersagen. Damit würde jedoch gerade der innovative Unternehmer geschädigt, der sein Unternehmen dann nicht an den Meistbietenden veräußern könne. „Das ist nicht mein Verständnis von Marktwirtschaft“, betont der Minister und verweist auf seine Vorschläge, denen zufolge in Ausnahmefällen der Staat entsprechende Unternehmensanteile erwerben können müsse.

„Wir können das Paradies nicht einmauern und einbalsamieren, sondern wir müssen hungrig sein und den Mut haben, wettbewerbsfähig zu bleiben und zu werden“, gibt sich Altmaier kämpferisch. Deutschland müsse den Anspruch haben, nicht nur bei der Grundlagenforschung, sondern auch bei der Umsetzung von technologischen Innovationen führend zu sein. So sei es bedenklich, wenn auf

Basis der hervorragenden deutschen Forschungsarbeit im Bereich der Künstlichen Intelligenz überwiegend US-amerikanische und chinesische Firmen Anwendungen entwickelten und mit den entsprechenden Geschäftsmodellen Geld verdienten.



Deshalb gelte es einerseits die Wagniskapitalbedingungen in Deutschland und Europa so zu verbessern, dass erfolgreichen und auf schnelles Wachstum angewiesenen Unternehmen nicht mehr nur ausländisches Kapital zur Verfügung stehe. Andererseits könne der Staat Innovationsanstrengungen unterstützen, wenn einzelne Unternehmen alleine die erforderlichen Investitionen nicht stemmen könnten. „Das Ziel ist nie die Subvention, sondern immer die Wettbewerbsfähigkeit“, betont Altmaier und verweist auf die Förderung von Initiativen im Bereich der Batteriezellen und Halbleiterproduktion. Derartige Zuschüsse müssten automatisch begrenzt werden und dürften nicht zum Dauerzustand werden. „Der Staat darf niemals Unternehmer werden, denn er ist ein lausig schlechter“, schließt Altmaier, „aber die Verantwortung dafür, dass es unserem Land auch in Zukunft gut geht, tragen wir alle miteinander: Die Akteure der Marktwirtschaft, die Akteure der Politik und die Akteure der Wissenschaft“.







**Prof. Dr. Peter Bofinger**  
Lehrstuhl für VWL, Geld und internationale  
Wirtschaftsbeziehungen, Universität Würzburg

## und Europa – Welche Rolle kann Industriepolitik spielen?

Zu Beginn seines Vortrages erinnert Prof. Dr. Peter Bofinger daran, dass er eine Diskussion über Industriepolitik schon vor gut zwei Jahren gefordert habe und dafür zum Teil vehement kritisiert worden sei. Das ehemalige Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung verweist auf die Position seiner früheren Ratskollegen, die ein gutes Beispiel für die herrschende Meinung deutscher Ökonomen sei. Ihr zufolge verfüge die Politik nicht über das erforderliche Wissen oder genaue Kenntnis künftiger technologischer Entwicklungen und deshalb sei nicht zu erwarten, dass es gelingen könne, strategisch bedeutsame Zukunftsmärkte und -technologien zu identifizieren.

Demgegenüber stehe allerdings eine ganze Reihe von Argumenten, die für Industriepolitik sprächen, gibt Bofinger zu bedenken. Gerade bei komplexen Wertschöpfungsketten bestünden aufgrund großer Interdependenzen oftmals externe Effekte. Ebenso könne die Unsicherheit über zukünftige Entwicklungen ein Hemmnis für Unternehmen sein, in neue Technologien zu investieren. So habe sich die Firma Bosch nicht aus Rentabilitätsgründen gegen eine Batteriezellenfertigung entschieden, sondern dies explizit mit der hohen Unsicherheit begründet. Mit einem derartigen Risiko könne der Staat oft besser umgehen als Unternehmen. Hinzu komme, dass der unternehmerische Planungshorizont oft zu kurz für die langfristige Entwicklung von Technologien sei und Pfadabhängigkeiten wie beim Dieselmotor einen Technologiewechsel erschwerten.

Gleichsam gebe es durchaus auch jenseits von Airbus Erfolgsbeispiele für gelungene Industriepolitik. Dazu gehöre – trotz aller Kritik – die Förderung der Erneuerbaren Energien, deren weltweite Verbreitung nicht zuletzt „ein deutsches Erfolgsmodell“ sei, ebenso wie die wirtschaftliche Entwicklung in vielen asiatischen Ländern. Diese hätten sich nicht

auf ihren gegebenen komparativen Vorteil konzentriert, sondern sich ambitionierte Ziele gesetzt, mit denen es ihnen gelungen sei, im Hochtechnologiebereich „neue komparative Vorteile zu schaffen“.

In ähnlicher Weise und mit großem Erfolg strebe nun auch China an, in zentralen Branchen technologisch führend zu werden. Die *Made in China 2025*-Strategie betreffe Deutschland dabei wegen ihres Fokus auf den Industrie- und Hochtechnologiebereich wesentlich direkter und stärker als andere Länder. „China hat uns in vielen Bereichen schon lange überholt“, warnt Bofinger. Auch der Erfolg chinesischer Plattformunternehmen sei Ergebnis von Industriepolitik, da China amerikanische Unternehmen gezielt vom eigenen Markt ausgeschlossen habe. Auf diese Entwicklungen könne man nicht nur mit Selbstgefälligkeit und Passivität reagieren, sondern müsse gezielt verhindern, dass die eigene Industrie Schaden leidet.

Die Industriestrategie des Bundeswirtschaftsministers sieht Bofinger in ihrer konkreten Ausgestaltung dennoch kritisch. Es könne nicht die richtige Antwort sein, einen Zielwert für den Wertschöpfungsanteil der Industrie festzusetzen. Ebenso müsse bezweifelt werden, dass Unternehmen wie die Deutsche Bank oder Thyssenkrupp besonders schützenswert seien. Sinnvoller wäre es vielmehr, Industriepolitik auf europäischer Ebene anzulegen, dabei nicht nur einzelne Technologien, sondern gesamte Ökosysteme in den Fokus zu nehmen und ökologische Aspekte in den Vordergrund zu stellen, statt sich nur auf Industriearbeitsplätze zu fokussieren. Vor allem aber fordert Bofinger, die Debatte über konkrete Projekte zu führen, anstatt „einfach nur allgemein und philosophisch über Industriepolitik zu reden“. So sehe er beispielsweise in der Förderung der Wasserstoffbrennzellenwirtschaft ein erfolversprechendes Projekt, für das sich die Entwicklung einer klaren Strategie lohnen würde.

## Schärfer oder lascher – Braucht es im Umgang mit oder zur Schaffung von „Champions“ eine Reform des Wettbewerbsrechts?

**Prof. Dr. Monika Schnitzer**

*Ludwig-Maximilians-Universität München,  
Mitglied der Kommission Wettbewerbsrecht 4.0*



Prof. Dr. Monika Schnitzer sieht in der „Sorge um die Stellung der deutschen Unternehmen im globalen Wettbewerb und im Zeitalter der Digitalisierung“ den Auslöser für die Debatte um die Schaffung von „Champions“. Beides – sowohl die Digitalisierung als auch der globale Wettbewerb – gebe Anlass, auch die Ausrichtung von Wettbewerbspolitik zu überprüfen. Deren Hauptziel sei nach heutiger Interpretation, für ein Marktergebnis zu sorgen, das dem Konsumenten diene, ruft die Professorin an der Ludwig-Maximilians-Universität München in Erinnerung. Wettbewerb sei dabei nur Mittel zum Zweck, und diene dem Ziel, möglichst niedrige Preise sicherzustellen. Dieser alleinige Fokus auf Preise berücksichtige jedoch einerseits nicht, dass Wettbewerb auch die übermäßige Akkumulation von politischer Macht in den Händen einzelner Unternehmen verhindern könne. Andererseits sei auch eine dynamische Sichtweise entscheidend, da Konsumenten nicht nur von kurzfristig niedrigen Preisen profitierten, sondern auch von langfristiger unternehmerischer Innovationsfähigkeit.

Eine Verschärfung des Wettbewerbsrechts sei vor allem angesichts hoher Marktzugangsbarrieren auf digitalen Märkten, die zunehmend von wenigen, großen Tech-Unternehmen dominiert würden, zu erwägen. Wettbewerb könne sich oft gar nicht entwickeln, weil nur die etablierten Unternehmen über die zur Entwicklung neuer Produkte erforderlichen Datensätze verfügten. Ebenso erschwere es das Vorliegen von Netzwerkeffekten, Kunden für alternative Angebote auf einer anderen Plattform zu gewinnen.

Um in diesen Fällen den Wettbewerb zu beleben, müsse die Bestreitbarkeit der Märkte gewährleistet werden. Ein Mittel hierfür könne sein, die Mitnahme von Daten beim Wechsel zwischen Plattformen zu vereinfachen. Die Datenschutzgrundverordnung ermögliche dies in gewissem Rahmen zwar bereits, es gehe aber darüber hinaus oft auch um Echtzeitzugriff oder die Portabilität von Unternehmensdaten. Zudem müsse in Fällen, in denen bestimmte

Daten eine Voraussetzung für die Teilnahme am Wettbewerb seien, über Möglichkeiten diskutiert werden, den Zugang zu diesen Daten auch für Wettbewerber sicherzustellen. Schärfere Kontrolle brauche es überdies, wenn große Unternehmen potenzielle Konkurrenten aufkauften, selbst wenn diese wie bei der Übernahme von Whatsapp durch Facebook noch gar keine Gewinne erzielten.

Eine Lockerung des Wettbewerbsrechts, um Kooperationen beim Austausch von Daten zu erleichtern, hält Schnitzer hingegen nicht für erforderlich, da der gegenwärtige Rechtsrahmen diese bereits erlaube. Angestrebt werden sollte lediglich eine Verbesserung der Rechtssicherheit. Ebenso abzulehnen sei eine Aufweichung der Fusionskontrolle, damit Unternehmen eine für den internationalen Wettbewerb notwendige „kritische Größe“ erreichen könnten. Dies gelte auch mit Blick auf die Untersagung der Fusion von Siemens und Alstom, denn der Zusammenschluss sei ja gerade wegen des fehlenden Wettbewerbs durch ausländische Eisenbahnhersteller in Europa untersagt worden. Zusammenschlüsse ohne einen solchen Wettbewerb könnten zwar bei hohen Fixkosten gerechtfertigt sein, zögen dann aber auch die Notwendigkeit entsprechender Regulierung nach sich.

Stattdessen unterstreicht Schnitzer die Bedeutung kleiner Unternehmen für den Innovationsprozess. Etablierte Großunternehmen trieben disruptive Innovationen oft nicht voran, da sie Gefahr liefen, auf diese Weise dem eigenen Geschäftsmodell Konkurrenz zu machen. Es sei daher kein Wunder, „dass Elektromobilität zunächst von Tesla vorangetrieben wurde und nicht von Automobilunternehmen, die seit langem sehr erfolgreich Verbrennungsmotoren verkaufen“. Schnitzer fordert deshalb, den Schutz des Innovationswettbewerbs stärker in der Wettbewerbspolitik zu berücksichtigen und schließt: „Wenn wir diesen Innovationswettbewerb haben, dann mache ich mir auch über unsere künftigen Arbeitsplätze überhaupt keine Sorgen.“





## Podiumsdiskussion

### Daniela Kluckert MdB

*FDP-Bundestagsfraktion, Stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur*

Die stellvertretende Vorsitzende des Verkehrsausschusses, Daniela Kluckert MdB, hebt eingangs die Bedeutung der Automobilindustrie für den Standort Deutschland hervor. Von ihr hingen nicht nur 1,8 Millionen Arbeitsplätze direkt oder indirekt ab, sondern aus ihr gingen auch zahllose Innovationen hervor, die auf der ganzen Welt gefragt seien. Industriepolitisch sei der Erhalt von Wettbewerbsfähigkeit in dieser Branche daher von enormer Bedeutung. Vor diesem Hintergrund kritisiert die FDP-Politikerin jedoch die einseitige Fokussierung der Bundesregierung auf die Förderung von Elektromobilität. „Automobilhersteller werden gegenwärtig zur Elektromobilität wenn nicht genötigt, dann doch geschubst“, so Kluckert. Alternative Antriebsformen durch Gas, Wasserstoff oder synthetisch und klimaneutral hergestellte E-Fuels hätten unter diesen Bedingungen überhaupt keine Chance, sich am Markt durchzusetzen. Für den Erhalt des Industriestandorts Deutschland wie auch die Erreichung der Klimaziele sei es wesentlich zielführender, die Stärken der eigenen Industrie, auf denen der hiesige Wohlstand in großen Teilen beruhe, konsequent unter dem Grundsatz der Technologieoffenheit zu fördern.

Kritisch zeigt sich Kluckert auch mit Blick auf die wenig zeitgemäße Regulierung des Mobilitätsmarkts, bei dessen Anpassung die Regierungsparteien noch viel zu zaghaft agierten. So sei eine Reform des Personenbeförderungsgesetzes dringend erforderlich, auch wenn diese Pläne auf verständlichen Widerstand von Taxifahrern stießen, da sie deren Geschäftsmodell bedrohten. „Die Frage bei solchen Reformen kann nicht sein, ob sie bequem sind, sondern sie muss lauten, ob wir in Zukunft wettbewerbsfähig sind.“ Eine Marktöffnung sei unabdingbar, um heimischen Unternehmen überhaupt zu ermöglichen,

Konkurrenzangebote zu kapitalstarken chinesischen oder amerikanischen Unternehmen zu entwickeln.

Eine absolute Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts – nicht nur für das autonome Fahren – sei zudem die Künstliche Intelligenz, gibt sich Kluckert überzeugt, die auch Mitglied der mit der Technik befassten Enquete-Kommission ist. Gerade im Silicon Valley wirkten zahlreiche Deutsche führend an Entwicklung und Umsetzung dieser Technologie mit. Dies zeige, dass die klügsten Köpfe in diesem Bereich Deutschland viel zu oft den Rücken zuekehrten, weil es hierzulande nicht gelinge, die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Dementsprechend unwahrscheinlich sei es, dass man die im Zuge der KI-Strategie der Bundesregierung angepeilten hundert zusätzlichen KI-Professuren auch tatsächlich besetzen könne. Dies sei nicht nur eine Frage des Geldes, es müsse ebenso gelingen, das Thema auf eu-



ropäischer Ebene mit großer Kraft voranzubringen und die Diversität und Stärke der europäischen Universitäten in die Waagschale zu werfen.

Wenn Deutschland langfristig erfolgreich bleiben wolle, seien noch große Anstrengungen in zahlreichen Bereichen erforderlich. „Wir haben in Deutschland im Kanzleramt die Rohrpost und im Bundestag das Fax“, konstatiert Kluckert. Der Staat müsse daher viel stärker zum Vorreiter werden und auch als Abnehmer innovativer Lösungen deutscher Startups fungieren. Ziel müsse sein, Deutschland zu einer Gründerrepublik zu machen. Hierfür sei ein Abbau der Bürokratiebelastung ebenso unerlässlich wie ein flächendeckender Ausbau digitaler Infrastruktur, die Schaffung eines Zukunftsfonds für Wagniskapital und eine erneute Reform des Urheberrechts.

### Dr. Danyal Bayaz MdB

*Startup-Beauftragter*

*der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen*

„Wir haben Industriepolitik immer schon gemacht, daher freut es mich sehr, dass wir jetzt auch wieder politisch darüber diskutieren“, stellt Dr. Danyal Bayaz MdB zu Beginn seines Impulses heraus. Der Entwurf zur nationalen Industriestrategie habe bei ihm dennoch einige Fragezeichen hinterlassen.

Kritisch sieht der Bundestagsabgeordnete der Grünen vor allem, dass „der Strategie ein Verständnis zugrunde liegt, dass Staaten im Wettbewerb zueinander stehen – es sind aber Unternehmen, die im Wettbewerb untereinander sind.“ In einer hochspezialisierten und global organisierten Wirtschaft mache es wenig Sinn, über „geschlossene Wertschöpfungsketten“ zu diskutieren. Der zentrale Baustein, um weiterhin bedeutende Teile globaler Wertschöpfung in Deutschland zu halten, sei das Thema Innovationen.

Hier müsse man anerkennen, dass Deutschland angesichts der unheimlichen Dynamik nicht mehr immer ganz vorne mitspielen könne. Die Entwicklungen in China, mit einer klaren und langfristigen Strategie, die mit großen Investitionen untermauert sei, müsse man ernst nehmen. Beispiele aus der jüngeren deutschen Vergangenheit wie die Abwrackprämie muteten hingegen kaum wie kluge und vorausschauende Industriepolitik an. Politik stehe in der Verantwortung, jede Maßnahme dahingehend zu überprüfen, ob sie Innovationen hilft. Auch die umfangreichen Finanzmittel im Rahmen der öffentlichen Auftragsvergabe gelte es dementsprechend sinnvoll einzusetzen und vermehrt auch jungen Unternehmen und Startups eine Chance zu geben, anstatt ausschließlich auf die „üblichen Verdächtigen“ und etablierten Unternehmen zu setzen, bei denen Innovationen zu oft auf der Strecke blieben.

Grundsätzlich gelte es jedoch, industriepolitisch nicht einzelne Konzerne, sondern die gesamte Wirtschaft im Blick zu haben. Deswegen sei die Nennung spezifischer Unternehmen in der industriepolitischen Strategie



sehr bedenklich. Auch hier zeige der Blick in die jüngere Vergangenheit, dass die Erfolgsbilanz staatlicher Hilfe für Einzelunternehmen wie bei der gescheiterten Rettung der Philipp Holzmann AG wenig berauschend sei. „Ich bin durchaus offen für europäische Champions, aber diese müssen sich im Wettbewerb zusammenfinden, ohne dass der Staat seine Finger im Spiel hat“, so Bayaz. Gleichwohl solle der Staat offen dafür sein, den Aufbau von innovativen Ökosystemen aus Wissenschaft und Unternehmen in Bereichen strategisch wichtiger Technologien notfalls auch finanziell zu fördern.

Mit Blick auf die von Frau Kluckert geforderte Technologieoffenheit im Mobilitätssektor gibt der Startup-Beauftragte der Grünen zu bedenken, dass daran immer auch eine Infrastrukturfrage hänge. Der parallele Aufbau von Infrastruktur für die verschiedenen Antriebstechnologien sei kaum zu leisten, daher sei es unerlässlich, sich auf gewisse Standards zu einigen. Hinzu käme, dass in zahlreichen Ländern der Schritt hin zur Elektromobilität wesentlich konsequenter verfolgt werde, und man deshalb Gefahr laufe, nicht mehr die richtigen Produkte für den Weltmarkt zu produzieren. Notwendig sei vor allem eine „politische Entscheidung des Automobilkontinents Europa“ für emissionsfreie Mobilität bis zu einem bestimmten Zeitpunkt, da die so entstehende Planungssicherheit beste Rahmenbedingungen für eine kluge Industriepolitik liefere.

Angesichts der erforderlichen Investitionssummen für eine moderne und innovationstreibende Infrastruktur stelle sich abschließend auch die Frage der Finanzierung. „Wenn wir es trotz kräftiger Steuereinnahmen in den letzten zehn Jahren nicht geschafft haben, die richtigen Prioritäten zu setzen, dann werden wir es angesichts der konjunkturellen Entwicklungen sicherlich auch jetzt nicht schaffen“, gibt sich Bayaz skeptisch. Daher komme, wer über Industriepolitik spreche, auch nicht an der Debatte um eine kluge Weiterentwicklung der Schuldenbremse vorbei.

**Dr. Carsten Linnemann MdB**

Stellvertretender Vorsitzender  
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

„Der Mittelstand will keine staatlichen Interventionen, keine Beteiligungsfazilität, keine politisch gekürten europäischen Champions und er verwechselt Größe auch nicht mit Wettbewerbsfähigkeit“, fasst Dr. Carsten Linnemann MdB die Kritik des Mittelstandes an der nationalen Industriestrategie zusammen. Stattdessen fordere dieser, dass der Staat die richtigen Rahmenbedingungen dafür setze, dass europäische Champions entstehen könnten.

Bundeswirtschaftsminister Altmaier habe die Kritik an seinen Vorschlägen jedoch bewusst herausgefordert und damit erreicht, eine zukunftsorientierte wirtschaftspolitische Debatte ins Zentrum der politischen und öffentlichen Aufmerksamkeit zu stellen. Darüber zeigt sich der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion erfreut, schließlich liege die letzte derartige Debatte bereits mehr als zehn Jahre zurück.

Nun gehe es darum, die richtigen Schlüsse zu ziehen und dabei vor allem auf den eigenen Stärken aufzubauen. „Warum exportieren wir 80 Millionen Deutschen so viel mehr als die wesentlich bevölkerungsreicheren Wirtschaftsräume Indiens, Japans oder der USA?“, fragt der Bundesvorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung (MIT) der CDU/CSU und nennt fünf Gründe für den weltweit einzigartigen Erfolg des deutschen Mittelstandes. Erstens sei das duale Ausbildungssystem ein Alleinstellungsmerkmal. Zweitens habe man in Deutschland am Industriekern festgehalten und ihn nicht wie in anderen Ländern aktiv ausgehöhlt. Drittens führe das kooperative Verhältnis von Arbeitgebern und Gewerkschaften dazu, dass entstehende Konflikte oftmals untereinander und in beiderseitigem Interesse gelöst werden könnten, ohne dass politische Einmischung erforderlich sei. Viertens sei der deutsche Mittelstand in ein eng verfloch-



Dr. Dorothea Siems, Moderatorin der Tagung.



tenes Ökosystem aus wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und politischen Akteuren eingebunden. Dessen dezentrale Ausgestaltung führe dazu, dass sich wirtschaftliche Aktivität nicht nur auf einige wenige Städte konzentriere, sondern auch im ländlichen Raum stattfinde. Fünftens trügen die Familienunternehmen maßgeblich zum wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands bei, da dank ihnen die hiesige Wirtschaftsstruktur nicht nur von Kleinstbetrieben und einigen wenigen Großkonzernen dominiert werde.

Dieses deutsche Erfolgsmodell gelte es nun um fehlende Bausteine zu ergänzen. Vor allem beim Thema Daten müsse man endlich vorankommen, denn der Zugang zu Daten bzw. Datenportabilität sei für viele Unternehmen ein erfolgsentscheidender Faktor. Linnemann spricht sich dafür aus, anonymisierte Daten in bestimmten Fällen Wettbewerbern zur Verfügung zu stellen und mahnt an, dass auch staatliche Daten besser zugänglich gemacht werden müssten. Ebenso dringlich sei die Vergrößerung von unternehmerischen Freiräumen und Flexibilität. Wie wichtig dies sei, könne man am Erfolg der US-amerikanischen Tech-Firmen erkennen. Ähnliche regulatorische Voraussetzungen für unternehmerische Innovationen müssten auch hier geschaffen werden. Dies beginne schon beim Arbeitszeitgesetz, das im Sinne der Arbeitnehmer zu flexibilisieren sei.

Auch mit Blick auf das in der Wachstumsphase oft fehlende Wagniskapital lägen sinnvolle Vorschläge seit Langem auf dem Tisch. So müsse Versicherungen ermöglicht werden, einen Teil ihres Kapitals in Startups zu investieren. Wenig zielführend sei es hingegen, immer nur nach der staatlichen Bereitstellung entsprechender Gelder zu rufen. „Ich möchte keine Staatswirtschaft, in der anfangs nur der Staat investiert und erst dann alle anderen kommen“, so Linnemann. Dennoch könne man, wenn privatwirtschaftliche Investitionsbereitschaft vorliege, darüber nachdenken, eine Hebelwirkung über die Sozialversicherungen oder auch die Kreditanstalt für Wiederaufbau zu erzielen.

## Ausblick

Zum Abschluss der Diskussion bittet die Moderatorin, Dr. Dorothea Siems, alle Referenten um konkrete Vorschläge, mit denen das einhellig bekräftigte Ziel einer auch in Zukunft bestehenden Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands tatsächlich erreicht werden könne.

Großen Technologieunternehmen einzig und allein nur Freiheiten zu gewähren, berge die Gefahr sozialer Spaltung in sich, mahnt daraufhin Dr. Danyal Bayaz an. Dies zeige der Blick auf das Silicon Valley, wo die geringe Regulierung auch zu enorm großer sozialer Ungleichheit geführt habe. Es gelte daher, die Soziale Marktwirtschaft mit Regeln für das digitale Zeitalter auszustatten – etwa in Bereichen der Steuer- und Arbeitsmarktpolitik oder beim Umgang mit Algorithmen und Daten. „Hier sehe ich weniger Freiheits-, sondern vor allem viel Regelbedarf“, so der Grünen-Politiker.

Daniela Kluckert unterstreicht noch einmal die Bedeutung von Technologieoffenheit. Im Bereich der Mobilität seien gegenwärtig kaum Signale des Marktes, sondern vor allem Signale des Staates zu sehen, denen Unternehmen folgen müssten, weil sie keine andere Wahl hätten. „Es ist aber falsch, wenn die Politik anfängt zu glauben, sie wisse, wie die Zukunft aussieht“, warnt die Bundestagsabgeordnete der FDP-Fraktion. Stattdessen müsse es durch die Setzung technologieoffener Signale gelingen, die deutsche Industrie in ihren Kernstücken zu erhalten.

„Wir müssen aufhören, chinesischer werden zu wollen, und uns darauf konzentrieren, wettbewerbsfähig zu werden“, ist Dr. Carsten Linnemann überzeugt. Im Umgang mit chinesischen Investitionen in Deutschland plädiert er dafür, Übernahmen in bestimmten, zu definierenden Bereichen der kritischen Infrastruktur zu verbieten, ansonsten aber offen für ausländische Investitionen zu bleiben. Sorge bereite ihm zudem, dass die Soziale Marktwirtschaft gegenwärtig für

vielerlei Schief lagen in der Gesellschaft verantwortlich gemacht werde. Tatsächlich sei aber das Gegenteil zutreffend, denn immer dort, wo ihre Prinzipien missachtet würden, gerate etwas aus dem Lot. Industriepolitik müsse daher auch die Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft steigern.

Prof. Dr. Monika Schnitzer fordert, das Thema Innovationen in den Vordergrund zu stellen. Es bedürfe Maßnahmen, mit denen Innovationskraft erhalten und gestärkt werden kann. „Ich denke, da sollte der Staat einfach mit gutem Beispiel vorangehen“, so Schnitzer, die vor allem Aspekte wie E-Government oder die Bereitstellung staatlicher Daten vermisst. Hier seien Politiker in der Verantwortung, diese Missstände nicht bloß anzumehmen, sondern es müsse auch zu tatsächlichen Fortschritten kommen.

Bei der Stärkung von Forschung und Entwicklung sieht Prof. Dr. Justus Haucap noch viel Potenzial. Dies gelte mit Blick auf steuerliche Möglichkeiten, aber auch bei der Schaffung der hundert neuen KI-Lehrstühle, die möglichst nicht an ebenso vielen Universitäten, sondern in wenigen Einrichtungen entstehen sollten. „Wir müssen in vielen Bereichen, die gar kein Interesse an irgendwelchen Veränderungen haben können, die Barrieren, die etablierte Geschäftsmodelle schützen, dringend abbauen“, fordert das Mitglied des Kronberger Kreises zudem.

„Ich habe das Gefühl, dass in sehr, sehr vielen Ländern sehr viel mehr zur Förderung von Schlüsseltechnologien gemacht wird, als bei uns“, stellt Prof. Dr. Peter Bofinger abschließend fest. Das langjährige Mitglied im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung macht sich daher für eine Bestandsaufnahme stark, wie Schlüsseltechnologien in den wichtigsten Industriestaaten gefördert werden. Erst auf dieser Basis könne man anhand konkreter Fälle diskutieren und entscheiden, was industriepolitisch zu tun sei und ob die hiesigen Anstrengungen ausreichten.

